



EUROPÄISCHE KOMMISSION

GD Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen

AUSSCHUSS FÜR DEN SEKTORALEN DIALOG IM STRASSENVERKEHR

Sitzung des Lenkungsausschusses

5. Juli 2007

Kurzprotokoll (angenommen am 16. Oktober 2007)

Den Vorsitz der Sitzung führt der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Causse (Arbeitgeber). Die Tagesordnung wird angenommen (die Punkte 3, 4, 5, 6 und 8 wurden von der ETF als vorrangige Themen auf die Tagesordnung gesetzt). Das Protokoll der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses und das Protokoll der Sitzung vom 13. Februar 2007 zum Thema Sozialvorschriften werden genehmigt, Letzteres mit einigen kleineren Änderungen auf Antrag der IRU.

1. Erklärung zur illegalen Beschäftigung

Die Parteien erörtern den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung von IRU und ETF zur illegalen Beschäftigung. Der erste Aufzählungspunkt auf Seite 2 wird wie folgt geändert: „To provide accurate up to date and more detailed data on employment in the road ~~freight~~ transport sector“ (korrekte, aktuelle und detaillierte Daten zur Beschäftigung im Straßenverkehrssektor zur Verfügung zu stellen). Des Weiteren wird die Streichung des Textes in Klammern nach Kabotage, der in einer früheren Fassung vorhanden gewesen war, bestätigt. Diese gemeinsame Stellungnahme soll spätestens auf der Vollsitzung angenommen werden. Die IRU wird den endgültigen Entwurf im September ihrem Sozialausschuss vorlegen. Die ETF plädiert dafür, den gemeinsamen Text auch zur Bekämpfung des Phänomens der Scheinselbständigkeit einzusetzen. Die IRU bekräftigt, sie werde die Erklärung, sobald sie angenommen sei, in die Praxis umsetzen, betont jedoch, dass selbständig nicht mit illegal gleichzusetzen sei.

2. Annahme des Arbeitsprogramms

Die ETF legt einige neue Vorschläge für Ergänzungen zum Entwurf des Arbeitsprogramms vom 12. April vor, über die anschließend diskutiert wird. Über den ersten Punkt (Sozialvorschriften) und den letzten Punkt (öffentlicher Nahverkehr) besteht bereits Einigkeit. Zum Thema Ausbildung verweist die ETF auf den Mangel an Berufskraftfahrern und schlägt vor, sich auf bewährte Verfahren in der Berufsausbildung zu konzentrieren und zu diesem Zweck ein gemeinsames Projekt durchzuführen, das insbesondere die Rolle der Sozialpartner in der Berufsausbildung untersucht. Die IRU hat keine Einwände gegen diesen Vorschlag. Die ETF schlägt ferner eine Folgemaßnahme

zu dem gemeinsamen Text zu Rastplätzen¹ vor, die sich insbesondere mit der Zugänglichkeit (und Erschwinglichkeit) der Rastanlagen befassen sollte. Die IRU begrüßt den Vorschlag. Die ETF wird den schriftlichen Vorschlag übermitteln. Die IRU ist auch bereit, im nächsten Jahr über das Thema Kabotage – ohne jede Verpflichtung – zu diskutieren (die IRU befindet sich noch mitten im internen Meinungsbildungsprozess zu diesem Thema). Das Arbeitsprogramm (sein wesentlicher Inhalt) ist damit angenommen.

3. Ergebnis der Arbeitsgruppe „Sozialvorschriften“

Die Parteien erörtern den Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme von IRU und ETF zu den Bestimmungen und Aspekten der Verordnung Nr. 561/2006/EG. Die ETF erklärt, dass sie die Ausführungen zu Artikel 4 Buchstaben g) und h) definitiv nicht aufnehmen möchte. Die IRU verteidigt den Standpunkt, dass Sanktionen verhältnismäßig sein müssten. Im Interesse einer gemeinsamen Stellungnahme wird beschlossen, diese beiden Punkte ebenso wie die Ausführungen zu Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 12 aus dem Text herauszulassen. Die endgültige Fassung wird dem Sekretariat übermittelt.

Die IRU schlägt vor, dieses erfolgreiche Vorgehen auch bei einem gemeinsamen Text zum digitalen Fahrtenschreiber anzuwenden. Die ETF wird Anfang September auf diesen Vorschlag antworten.

4. Follow-up zu der Erklärung zu gemeinsamen Kriterien für Rastplätze

Ein ETF-Delegierter aus Estland berichtet, dass in seinem Land die Tagessätze für Rastplätze Teil des Arbeitsentgelts seien. Darüber hinaus führe die unzulängliche Infrastruktur dazu, dass die Fahrer von Gefahrguttransporten auf Supermarktparkplätzen parken würden. Die Kommission sollte über diesen beklagenswerten Zustand unterrichtet werden. Die ETF schlägt ferner vor, einen Vertreter der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Vollsitzung einzuladen, um zu erörtern, ob die Kriterien der Sozialpartner in die Investitionskriterien der EIB aufgenommen werden könnten. Die IRU begrüßt den Vorschlag, der zunächst mit der EIB geklärt werden sollte. Die IRU unterstützt den Gedanken, die Kriterien der Sozialpartner weiter zu verbreiten, und gratuliert der ETF zu ihrer kürzlichen Aktion in Valenciennes anlässlich der Eröffnung eines neuen Rastplatzes (SEPTOS).

5. Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog „Post“

IRU und ETF berichten über ein Treffen mit dem Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog „Post“ im Juni. Bislang seien Themen, die gemeinsam in Angriff genommen werden könnten, schwer erkennbar. Die ETF spricht den Logistikbereich an: IRU und ETF sollten darauf hinarbeiten, künftig als Vertreter des Logistiksektors aufzutreten.

6. Vorbereitung der Vollsitzung

Es findet ein erster Meinungsaustausch über den Tagesordnungsentwurf für die Sitzung statt, der von den Sekretariaten weiter ausgearbeitet wird.

¹ http://ec.europa.eu/employment_social/dsw/public/displayRecord.do?id=1351

Annex: List of participants 5.7.2007

| | |
|--|--|
| <p><u>Employers</u></p> <p>Mr Burch (CPT) Mr Causse (FNTR) Mr Henry (FNTV) Mr Larsen (DTL) Mr Linssen (IRU) Ms López Leza (ASTIC) Ms Maître (FNTR) Mr Marques (ANTRAM) Mr Ribeiro de Campos (ATNRAM) Ms Pogonowska-Szuskiewicz (ZMPD) Mr Saile (BGL) Ms Vasarainen (ALT) Mr Viccars (IRU) Mr Yarsley (FTA)</p> | <p><u>Workers</u></p> <p>Mr Benjamins (FNV Bondgenoten) Ms Hertogs (ETF) Mr Holm (observer, Norway) Mr Parrillo (CSC Transcom) Mr Peterson (ETTA) Mr Rasmussen (3F) Mr Wennberg (Swedish Transport Workers' Union)</p> |
| <p><u>European Commission</u></p> <p>Ms Aufheimer (DG EMPL F/1) Ms Durst (DG EMPL F/1)</p> | |